

ÖGK unter Druck: Massive Einschnitte sollen 500 Millionen Euro sparen!

Die ÖGK plant drastische Sparmaßnahmen zur Rettung des Gesundheitssystems in Österreich bis 2026. Auswirkungen auf Patienten erwartet.

Österreich - Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) steht vor einer herausfordernden finanziellen Situation. Ein prognostiziertes Defizit von 906 Millionen Euro für das laufende Jahr zwingt die Kasse zu drastischen Sparmaßnahmen. ÖGK-Obmann Peter McDonald von der ÖVP hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2026 eine ausgeglichene Finanzlage zu erreichen. Um dies zu realisieren, sind einschneidende Maßnahmen sowohl für die Verwaltung als auch für die Versicherten angekündigt.

Die geplanten Maßnahmen, die in drei Bundesländern erprobt werden sollen, beinhalten eine strengere Steuerung beim Zugang zu Fachärzten und kostenintensiven Leistungen. Dies könnte Einschränkungen bei bildgebenden Verfahren wie CT- und MRT-Untersuchungen sowie bei Krankentransporten zur Folge haben. Ein zentrales Element des Sparplans ist die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags für Pensionisten auf sechs Prozent ab Juni 2025, was zusätzliche Mehreinnahmen von etwa 300 Millionen Euro generieren soll.

Drastische Einsparungen für die Gesundheitskasse

Die ÖGK hat sich zum Ziel gesetzt, in diesem Jahr 500 Millionen Euro einzusparen. Hierzu sollen unter anderem Verhandlungen mit Ärzten über Blutbefunde und kostspielige Untersuchungen

geführt werden. Dabei setzt die Gesundheitskasse auf finanzielle Zugeständnisse ihrer Vertragspartner, insbesondere von niedergelassenen Ärzten, und hofft auf Unterstützung durch die Bundesländer.

Im eigenen Verwaltungsbereich plant die ÖGK, nur jede zweite Stelle nach Pensionierungen nachzubeseetzen, was eine Reduktion der Investitionen zur Folge haben soll. Auch die Schließung von nicht kostendeckend betriebenen Ambulatorien wird zur Diskussion stehen. Entscheidende Beratungen hierzu sind im Verwaltungsrat und in der Hauptversammlung vorgesehen, konkrete Beschlüsse werden in naher Zukunft erwartet.

Langfristige Herausforderungen im Gesundheitssystem

Das öffentliche Gesundheitssystem in Österreich wird überwiegend aus Lohn- und Gehaltsbeiträgen finanziert. Um zukünftige Finanzierungsprobleme im Gesundheitssystem anzugehen, werden alternative Finanzierungsmöglichkeiten erörtert. So könnte eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage um 25% jährliche Mehreinnahmen von etwa 220 Millionen Euro generieren, was theoretisch zur Senkung des Beitragssatzes um 0,4 Prozentpunkte führen könnte. Darüber hinaus könnte eine Ausweitung der Beitragsgrundlage auf Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung zusätzliche Einnahmen von rund 80 Millionen Euro einbringen.

Eine Umbasierung der Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung könnte ebenfalls zur finanziellen Entlastung beitragen. Diese könnte den Beitragssatz von aktuell 3,6% der Lohn- und Gehaltssumme auf lediglich 1,6% bis 2,6% der Wertschöpfung reduzieren. Ferner wird diskutiert, spezielle Verbrauchsteuern um 25% zu erhöhen, was eine Verringerung des Beitragssatzes um 1¼ Prozentpunkte zur Folge haben könnte.

In Anbetracht dieser tiefgreifenden Veränderungen bleibt unklar, wann die rund 7,5 Millionen Versicherten in Österreich die Auswirkungen der Maßnahmen tatsächlich spüren werden. Viele stehen nun vor der Herausforderung, sich an die potenziellen Einschnitte im Gesundheitsbereich anzupassen.

Für detaillierte Informationen zu den geplanten Sparmaßnahmen und deren Implikationen können die Berichte auf den Seiten von **ORF**, **Kosmo** und **WIFO** konsultiert werden.

Details	
Ort	Österreich
Quellen	• ooe.orf.at • www.kosmo.at • www.wifo.ac.at

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)